

AfD-Dissidenten bereiten Parteigründung vor Totgeburt in Kassel

Von Marcus Schmidt

Das Erfolgsgeheimnis der alten AfD, die seit dem Exodus von Parteimitgründer Bernd Lucke und seiner Anhänger Geschichte ist, war das Miteinander von Wirtschaftsliberalen und Konservativen. Nur dadurch kam jene kritische Masse zustande, durch die die AfD in das Europaparlament und fünf Landtage katapultiert wurde. Beobachter räumen der neuen Lucke-Partei, für die an diesem Sonntag in Kassel die Weichen gestellt werden sollen und die ganz überwiegend von Wirtschaftsliberalen dominiert werden wird, daher kaum Chancen ein. Der geplanten Neugründung wird zudem der Schwung und das Überraschungsmoment fehlen, das die AfD bei ihrer Gründung 2013 auszeichnete und mit dem sie die Strategen in den Berliner Parteizentralen einst das Fürchten lehrte.

Ob es für die AfD selbst, deren wirtschaftsliberaler Flügel arg gerupft ist und die sich verzweifelt gegen den Vorwurf eines Rechtsrucks wehren muß, künftig noch reichen wird, läßt sich erst in einigen Monaten sagen. Eines ist jedoch auch ohne vertiefte Kenntnisse des politischen Systems der Bundesrepublik schon jetzt klar: Im Parteienspektrum ist kein Platz für zwei eurokritische Parteien; zumal auch die FDP in den vergangenen Wochen immer häufiger mit der Forderung nach einem Grexit kokettierte. Am Ende dürfte es daher nur einen Gewinner der Selbstzerfleischung der AfD geben: die etablierten Parteien.

Bundesregierung erkennt Hererokrieg als „Völkermord“ an

Zur Kasse, bitte

Von Matthias Bäckermann

Nun ist es also „Völkermord“. So bewertet jetzt auch die Bundesregierung ganz offiziell den „Vernichtungskrieg“ der deutschen Kolonialherren gegen die Herero und Hottentotten (Nama), der von 1904 bis 1908 in Deutsch-Südwestafrika tobte. Bisher hatte die Bundesrepublik die formale Anerkennung dieser Deutung immer vermieden, auch wenn sich Schuldneurotiker wie die damalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczeorek-Zeul schon 2004 gegenüber den Vertretern aus Namibia für die „Kriegsverbrechen“ entschuldigt hatten.

Historisch gründet die Feststellung, daß über 80.000 Herero in genozidalen Maßstäben umgekommen seien, auf den wissenschaftlich höchst angreifbaren Arbeiten des DDR-Historikers Horst Drechsler aus den sechziger Jahren, der als klassenkämpferischer Antikolonialist besonders mit der Quellenkritik auf Kriegsfuß stand. Linke Historiker wie Joachim Zeller tuteuten später unbeeindruckt ins selbe Horn. Deren Thesen finden sich im fast gleichlautenden Antifa-Jargon nun in den „politischen Leitlinien“ aus Steinmeiers Ministerium wieder.

Bei den Herero-Vertretern stieß diese Interpretation natürlich schon immer auf Wohlwollen. Da das Auswärtige Amt bereits ankündigte, ihren neuen Zeitgeschichts-Ukas als „Grundlage für die laufenden Gespräche mit Namibia“ zu betrachten, dürften die Aussichten der Hereros auf die lang geforderten Entschädigungszahlungen jetzt mehr als rosig sein.

Einigung im Atomstreit mit Iran

Wachsam bleiben

Von Marc Zoellner

Dreizehn Jahre wurde verhandelt, seit Dienstag herrscht Einigkeit: Die Kontrolleure der Staatengemeinschaft dürfen sämtliche Sektoren des iranischen Nuklearprogramms inspizieren. Im Gegenzug fallen die Sanktionen gegen Teheran. Die friedliche Nutzung der Atomenergie kann man heutzutage keinem Staat der Welt abstreitig machen, auch dem Iran nicht. Zu bedeutend ist dies als Meilenstein der industriell-technologischen Entwicklung eines Landes, zu wichtig auch als Prestigeobjekt seiner Regierung. Sicher angewandt, ist Atomenergie sauber und preiswert.

Doch gerade im Hinblick auf technologische Sicherheit und friedliche Nutzung heißt es für die Staatengemeinschaft, auch weiterhin wachsam zu sein: Denn der Iran ist kein Staat wie jeder andere. Seine mehrfach wiederholte Ankündigung, das nur zwei Flugstunden entfernte Israel von der Landkarte zu tilgen, sprich: den jüdischen Staat auszulöschen, meint die theokratische Diktatur erschreckenderweise durchaus ernst.

Überdies würde ein Iran mit einer Atombombe das ohnehin schon fragile Machtgleichgewicht im Nahen Osten unwiderruflich kippen. Andere Regionalmächte gerieten unter Zugzwang: Auch Riad und Ankara kämen dann – wie bereits jetzt schon Tel Aviv – um die Bestückung ihres Militärapparats mit Kernwaffen nicht mehr herum.



Die AfD hat Federn gelassen: „Na, ob der noch mal so richtig abheben wird ...?“

Nein!

Griechenland-Krise: Ein drittes Rettungspaket ist rechtswidrig und ökonomisch sinnlos

Rechtstaatlichkeit beruht auf der Herrschaft der Gesetze, nicht auf der von Personen. Die „Griechenland-Rettung“ ist ein Lehrstück dafür, wie in Europa die im EU-Rat versammelten Staats- und Regierungschefs eine Selbstanmaßung entgegen rechtlicher Vorgaben betreiben. Wie selbstverständlich wird über ein drittes Hilfspaket diskutiert, ohne die ökonomische Wirksamkeit oder die politischen Implikationen in Frage zu stellen – doch dazu später. Völlig übersehen wird, daß keine der drei rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt ist.

Der Stabilitätsmechanismus darf erstens nur aktiviert werden, „wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt zu wahren“ (Artikel 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEUV). Nicht die Solidarität mit dem Krisenstaat, sondern die Vermeidung der vom ihm ausgehenden Gefahren für die Stabilität anderer Euro-Staaten steht im Vordergrund. Die Kapitalmärkte reagierten nach dem Zahlungsverzug Griechenlands äußerst verhalten. Die Risikoprämien der mediterranen Mitglieder stiegen nur unwesentlich.

Der Hintergrund: Da 257 Milliarden Euro (80 Prozent) der insgesamt 322 Milliarden Euro Staatsschulden bei den öffentlichen Gläubigern des Rettungsfonds (142 Milliarden Euro), den EU-Staaten (aus dem ersten Hilfsprogramm 53 Milliarden Euro), dem Internationalen Währungsfonds (IWF, 35 Milliarden Euro) sowie der Europäischen Zentralbank (27 Milliarden Euro) liegen, dürften dem europäischen Bankensektor kaum spürbare Verluste – anders als 2010 und 2012 – drohen. Lediglich 65 Milliarden Euro liegen bei privaten Investoren. Das ist das wesentliche Ergebnis der bisherigen Euro-Rettungspolitik: Die Risiken für Banken wurden auf den Steuerzahler überwälzt.

Sodann müssen sich die Vertragspartner zweitens auf eine Gegenleistung der Hilfen in Form eines sogenannten Memorandum of Understanding (MoU) einigen, das die finanzielle Stabilität des Krisenstaates wiederherstellen soll: „Die Gewährung aller

erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“ (Artikel 136 AEUV). Europarechtlich wird die gemeinschaftliche Solidarität an selbstverpflichtende Spar- und Reformanstrengungen des Krisenstaates gebunden. Die Praxis der zwei Hilfsprogramme hat jedoch gezeigt, daß Griechenland seine Zusagen nicht einhält oder nicht einhalten kann. Das Referendums-Nein des griechischen Volkes sowie das vertrauenszerstörende Taktieren Tsipras' geben keinerlei Basis für eine neue Kredithilfe.

Drittens heißt es in Artikel 13 des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM): Es ist „zu bewerten, ob die Staatsverschuldung tragfähig ist.“ Bereits 2012 fanden zwei ursprünglich nicht geplante Schuldenschnitte

Unabhängig von der Rechtsbeugung stellt sich die Frage, wie die bisherigen Programme gewirkt haben und welche Prognose eine dritte Griechenland-Hilfe hätte. Lediglich der IWF hat die Hilfen im Jahr 2013 analysiert – mit niederschmetterndem Ergebnis.

Laut IWF waren die Prognosen viel zu optimistisch. So wurden die negativen konjunkturellen Wirkungen der staatlichen Einsparungen stark unterschätzt; die Einsparungen durch Entlassungen und Lohnkürzungen trafen vornehmlich die Staatsbeschäftigten, während die Reform der dezentralen tariflichen Lohnfindung in der Privatwirtschaft über Firmentarife kaum Anwendung fand; statt erhoffter Privatisierungen von 50 Milliarden Euro wurden staatliche Unternehmen im Umfang von 10 Milliarden Euro privatisiert; die sehr wichtige Rentenreform wurde vom obersten Gericht in wesentlichen Teilen für ungültig erklärt. Die Unfähigkeit der griechischen Verwaltung wurde völlig unterschätzt. Die Steuerverwaltung ist höchst ineffektiv; Sozialmissbrauch ist immer noch weit verbreitet.

Im Ergebnis hat kein hinreichender Strukturwandel stattgefunden, die Arbeitslosigkeit ist auf 26 Prozent gestiegen, das BIP ist seit 2009 um 23 Prozent eingebrochen, und an eine Rückkehr an den Kapitalmarkt ist nicht zu denken. Griechenland ist nach wie vor insolvent. Nach den Kriterien des Wirtschaftsrechts würde jeglicher weiterer Kredit als schwere Untreue, Bilanzfälschung und Insolvenzverschleppung zu werten sein.

Auch politisch steht die EU vor einem Scherbenhaufen. Der ständige unsanktionierte Regelbruch der griechischen Regierung kommt einer Belohnung mit Beispielcharakter gleich. Die griechische Gesellschaft zerfällt. Auf der anderen Seite wächst der Unmut über den Anspruchsteller. Schließlich kommt der Privatisierungsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro als Pfand für neue Kredite einer kolonialen Erwerbung des Euroraumes gleich. Europa hat eine andere politische Führung verdient.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

VON DIRK MEYER

»Der unsanktionierte griechische Regelbruch kommt einer Belohnung mit Beispielcharakter gleich.«



statt. Private Gläubiger verloren unter Berücksichtigung von Zinskürzungen und Laufzeitverlängerung de facto etwa 140 Milliarden Euro (70 Prozent), öffentliche Kreditgeber 47 Milliarden Euro (37 Prozent). Bei Staatsschulden in (derzeit) einer Höhe des 1,8fachen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist die Schuldentragfähigkeit nicht gegeben. Selbst der IWF fordert einen Schuldenschnitt, da seine Vergaberegeln eine Schuldenquote von höchstens 120 Prozent vorsehen. Aktuell verzeichnet Griechenland wieder ein Haushaltsdefizit ohne die Berücksichtigung des Schuldendienstes (Primärsaldo), so daß der Schuldenstand weiter ansteigt. Im Ergebnis werden alle drei Bedingungen für ein drittes Hilfsprogramm nicht erfüllt.

Verhandlungen über ein neues Programm hätten also nach geltendem EU-Recht gar nicht erst aufgenommen werden dürfen.

Aufgeschnappt

„Aus Kinderaugen“

MATTHIAS BÄCKERMANN

Ganze 400 Euro. Diesen Zuschuß beantragte der Schützenverein Oberbilk in Düsseldorf bei der dortigen Bezirksvertretung für sein Schützenfest im August. Doch das Veto der Linken hat nicht nur diesen Betrag versagt, sondern auch noch einen Kulturkampf um die ganze Schützentraktion ausgelöst. Anja Vorspel und Dieter Sawalies begründen ihre Ablehnung damit, daß „aus Kinderaugen betrachtet“ diese Tradition für exzessiven Alkoholkonsum und „Gewaltverherrlichung durch Waffen“ stehe, wie die *Rheinische Post* vergangenen Sonntag berichtet. Außerdem sind Uniformen,

Gleichschritt und Marschmusik ausschließlich für das männliche Geschlecht, nicht „für unsere Vorstellungen einer toleranten, offenen und friedliebenden Gesellschaft“, so die Linken.

Dem widerspricht SPD-Mann Udo Figge, Selbstbezeichnung „Schütze, Ratsherr, schwuler Mann“, und weist darauf, daß das Schützenwesen bereits allerlei Erfolge bei der Integration von Migranten und Homosexuellen vorweisen könne. Auch CDU-Bezirksbürgermeister Walter Schmidt hält die Kritik der Linken für maßlos überzogen, hat aber teilweise Verständnis für deren Ansichten: „Ich kann mir nicht vorstellen, in einem Verein Mitglied zu werden, in dem meine Frau das nicht kann.“

Bild der Woche

Klein, aber oho



Kühl: Pluto ist fünf Milliarden Kilometer entfernt von der Erde und mißt im Durchmesser gerade mal 2.370 Kilometer. Seine Durchschnittstemperatur: minus 230 Grad Celsius.

Lesereinspruch

Kolonialismus

Zu: „Pankraz, Ch. de Montesquieu und die Hitzewelle“ (JF 29/15)

Wenn Pankraz meint, das heiße Klima in Afrika sei für die in seinen Augen kulturelle Armut des Kontinents verantwortlich, möchte ich ihm doch die 1933 erschienene „Kulturgeschichte Afrikas“ von Leo Frobenius zur Lektüre empfehlen, in welcher der große Ethnologe von seinen Begegnungen mit afrikanischen Kulturen berichtet. Diese seien den europäischen nicht nur gleichrangig, sondern in mancher Beziehung sogar überlegen.

Ebenfalls möchte ich Pankraz die Lektüre von Joseph Conrads Erzählung „Herz der Finsternis“ ans Herz legen, auf die er sich zwar beruft, die er offensichtlich aber nicht gelesen hat. Der Titel bezieht sich nämlich nicht, wie er glaubt, auf das afrikanische Leben im Kongo,

sondern auf die dort von dem europäischen Elfenbeinhändler Kurtz errichtete Schreckensherrschaft. Wie viele andere Romane und Erzählungen von Conrad ist „Herz der Finsternis“ eine zündende Kritik des Kolonialismus, zu dem auch das Scheitern und der Selbstverlust des weißen Mannes in Afrika gehört.

DR. RAINER HACKEL,
BAD NAUHEIM



Ihre Leserbriefe senden Sie an:
JUNGE FREIHEIT Leserforum
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de
Fax: 030/8649 53-14